

Bezugspreis
für den Monatlich bei zweimaliger
Ausgabe 1.60 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich, Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Zeitungsverträge unter
amtlichen Zeitungsverzeichnissen unter
Sonder-Zustellungsgebühren. Für un-
erwartet eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
des Verlegers gestattet.
Verlag der Gesellschaft Nr. 1140,
Sonder-Abteilung Nr. 1142,
der Zeitungsbildung Nr. 1133;
Postfach-Roma Leipzig Nr. 4600.

Soule-Zeitung

Dreißigundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. A. Tagespost. 30. März. 1919.
berechnet an in unseren Anzeigen-
stellen an allen Anzeigenstellen
Erklärung: Die 25 am
Preis 1.25 M. Anzeigen-
Annoncenstellen vor. 11 Uhr
für die Sonntag-Dr. abends
5 Uhr. Abbestellungen, wenn mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erklärung: Die 25 am
Preis 1.25 M. Anzeigen-
Annoncenstellen vor. 11 Uhr
für die Sonntag-Dr. abends
5 Uhr. Abbestellungen, wenn mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erklärung: Die 25 am
Preis 1.25 M. Anzeigen-
Annoncenstellen vor. 11 Uhr
für die Sonntag-Dr. abends
5 Uhr. Abbestellungen, wenn mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.

Nr. 119.

Halle, Mittwoch, den 12. März.

1919.

Aufhebung der Wehrpflicht in ganz Europa?

Die Nationalversammlung in Weimar über die Trennung von Staat und Kirche.

Staat und Kirche.

Weimar, 11. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten und teilt mit, daß die Eröffnung der Nationalversammlung heute nachmittags 3 Uhr befristet stattfindet. Die Nationalversammlung wird durch eine Abordnung bei der Befehlsnahme vertreten sein und durch diese einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen lassen. Die Nationalversammlung hörte die Rede der Nationalversammlung über die Trennung von Staat und Kirche. Die Rede wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Nationalversammlung, Dr. Fehrenbach, abgelesen. Die Rede wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Nationalversammlung, Dr. Fehrenbach, abgelesen.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Schumann (Soz.), was die Regierung zur Befreiung der auf dem Lande vielfach vorhandenen gehaltenen Kartellbesitzer zu tun gedenke, erwidert Ernährungsminister Schmidt, daß die zuständigen Behörden gebieterisch zu ihrer Befreiung aufgefordert wurden. Der Transport werde beim Eintritt politischen Wetters in verfürtem Maße wieder aufgenommen werden.
Abg. Schumann (Soz.) fragt, ob die Regierung in der Lage sei, die schnelle Ausübung des Verbotes des Oberstkommandierenden der Alliierten zu verlangen, im besten Gebiete Neu- wahl zu den Reichstagswahlen vorzunehmen.
Die Nationalversammlung hörte die Rede der Nationalversammlung über die Trennung von Staat und Kirche. Die Rede wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Nationalversammlung, Dr. Fehrenbach, abgelesen.

Als Abg. Rumm (Dn.) das Wort zur Begründung nimmt, erklärt Präsident Fehrenbach, es sei kein Vertreter des Innenministeriums da zur Unterstützung der Interpellation. Es werde daher keinen richtigen Sinn haben, die Interpellation weiter zu verhandeln. Rumm werde jetzt gesagt, der Antrag sei formuliert und werde beraten werden. Nach längerer Geschäftsordnungs- debatte, in der Kolonialminister Dr. Weill namens der Regie- rung erklärt, daß der Vorschlag einer Klärung der Regierung gegenüber der Nationalversammlung unangebracht sei, die Inter- pellation sei im Rahmen eingehend besprochen worden, wird schließlich beschlossen, weiter zu verhandeln.
Abg. Rumm zur Begründung: Es ist das Gemütsbild meiste- rer Volkstheile, daß wir

an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden. Aber die Herren Eberl und Scheibmann haben ihm diesen Frieden nicht gewährt. Eine ihrer ersten Taten war, den Erzieher der freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des vormaligen Kultusministeriums zu stellen. Redner rortiert dann die von ihm im Reichstagsreden besprochenen Forderungen über das Verhältnis von Kirche und Staat, was habe auch die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für einen konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ebenso ist in Hamburg

die Simultanschule des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschoben worden. In Braunauweim hat man sich nicht einmal damit abgefunden, Bestorungen zu machen. Die Simultanschule der Simultanschule wurden hier von den Speyerer Simultanschulen zu einer antichristlichen Simultanschule in D o m e umgewandelt, bei der es geradezu unglück- lich zuzuging. In Mecklenburg planen die Gewaltherren die konfessionelle Simultanschule. Wir rufen der Regierung zu: lassen Sie sich weiter

auf dem Wege geführter Bestorungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunter- richt. Wie sollte zu verstehen ist, zeitlich Württemberg. Die Simultanschule der Simultanschule wurden hier von den Speyerer Simultanschulen zu einer antichristlichen Simultanschule in D o m e umgewandelt, bei der es geradezu unglück- lich zuzuging. In Mecklenburg planen die Gewaltherren die konfessionelle Simultanschule. Wir rufen der Regierung zu: lassen Sie sich weiter

ganze Hochverbrechen und Verbrechen der kirchlichen Kirche begeht. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche selbst hat Schuld daran, daß so große Teile des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Wärm und Wärm) redt und im Zentrum. Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die kirchlichen Simultanschulen in den Religions- unterricht lässig unklar und vielfach auch falsch waren. Sie waren auch unmodern, weil sie der beständigen und einschneidenden Nationalversammlungen vorkommen. Diese einschneidenden Einträge entzogenen letzten Endes aber der langen und kurzen Gemütsruhe weiter Kreise. Wir verlangen im Inter- esse der vollen Gewissensfreiheit die Befreiung des Religions- unterrichts als konfessionellen Religionsunterrichtes. Die konfessionelle Schule soll nicht konfessionell sein. Wir fordern, unter Beachtung der bestehenden Verhältnisse von Lehrenden und Lernenden. Aber es ist unmöglich, die reli-

giöse Unterweisung mit einem Schläge zu befeitigen, und deshalb haben die Regierungen Regierungen falsch gehandelt. Eine Ueber- ganszeit ist notwendig.
Abg. Dr. Mausch (Str.): Wir haben ein tieferes Bild von den Willkürlichen einiger Gleichheiten erhalten. Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirchen ein Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das ist nicht allerdings nicht möglich. Aber eine feindliche Einmischung wäre möglich. Wir müssen jedoch darauf legen, daß die Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen und die Gemüts- und Religionsfreiheit in der Volksschule festgelegt wird. Das Beispiel anderer demokratisch realer Staaten zeigt, daß bei religiöser Freiheit der Kirche der Konfessionen und die bürgerliche Wohlfahrt am besten arbeiten. Eine

Kirchen- und Schulpolitik ist die Adolf Hoffmann würde Deutschland dem vollen Untergange entgegenführen. Gesichts- punkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns, in den Kirchen- und Schulpflichten zu großer Vorsicht.
Hierzu werden die Verhandlungen auf 3 Uhr nachmit- tag vertagt.

Die Nachmittagsitzung.

Abg. Weis (Dem.): Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzulässig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule hängt ganz ab von der Auffassung über die Staatschule. Wegen der Mängel des Religionsunterrichts, die ich durchaus nicht betrachte, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichts herbeizuführen. Ein in reformierter Religionsunterricht ist ein wesentliches und organisches Stück im Lehrplane der Schule. Ohne religiöse Kenntnisse und Erlebnisse dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gebante der Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religions- liche Schule viele Eltern nötig, ihre Kinder in religiöse Privat- schulen zu schicken. Wäre ein solches mögliches, sei geklärt, aber auch tramm empfindendes Schicksal tragen werden, daß das Erfordernis erfüllt und das Unterrichts- rufen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum. Redner wird von vielen Abgeordneten, darunter auch von Mumm, be- grüßt.)

Abg. Dr. Koelzig (Dn.): Die Erklärung der Regierung war für uns in jeder Weise genügt. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Ge- sellschaften und nicht dem Staate nehmen.

Beziehen Sie nur hineinzubringen in das Volkstehen, und Sie werden prüfen, daß das Religiöse noch immer das Heiligste und Liebstes ist, das ausnützlich für niemand unterzogen sollte. Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Elend dieser Zeit, aus dem Abstumpfen, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus durch innere Werte, vor allen Dingen durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsversammlung die Sicherungen für Kirche und christliche Schule, für Religion und Christentum niedergelegt werden könnten, und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres In- teresse, und zwar ein wohlwollendes finden könnte.
Abg. Hunkel (D. Spr.): Ich kann die letzte Aeußerung des Redners nur unterstützen. Die Religion darf nie und nimmer aus einer Parteiische hergehen. Die Religion ist das größte und heiligste Volkstum, das es gibt. Der Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen

Gewissensfreiheit für die Lehrer und das Kind. Ein grauenvolles Entsetzen ruft uns alle über die heulige Verrohung. Aber wir haben die Stillsitzung nicht durch Parlamentsabschlüsse und Kommandobefehle, sondern durch eine religiöse Erziehung.
Ministerpräsident Scheibmann: Wir waren für heute vor- mittags auf die Fortsetzung der Sozialisations- de- batten eingerichtet. Daher kommt es, daß Reichsminister Brock nicht an Stelle war. Wir haben nicht im geringsten die Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Regie- rung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung.
Abg. Frau Juch (U. S.): Die Revolution hat kraft eigenen Willens in einzelnen Bundesstaaten die Vermittlung der Schule durchgeführt. Wir

verlangen die Einheitschule, die eine weltliche und Arbeitsschule sein soll. Wir hoffen der Parteien die große heulige Verrohung der Sozialismus entgegen. Wir denken nie daran, damit irgendeinen Gemüts- zwang auszuüben oder die Gemütsfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen.
Mittwoch 12. März 3 Uhr: Sozialisierungs- sache. Kohlenwirtschaftsgesetz. Schluß 3/4 Uhr.

Für allgemeine Aufhebung der Wehrpflicht

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Ein Pariser Funkpruch besagt: Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat den Antrag Lord George angenommen, dem- zufolge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgehoben wird. Ueberall soll an ihre Stelle das Freiwilligenheut treten.

Die Beute im Volksmarinehause.

Berlin, 11. März. Nach der jetzt vorliegenden Meldung wurden bei der Ebstimmung des Volksmarinehause er- beutet: zwei Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigen unterirdischenen Militärut.

Ruhe in Gotha.

WTB. Weimar, 11. März. Da in Gotha die von der Regierung entlassenen Truppen ihre militärische Aufgabe durchgeführt haben, ist mit ihrem Abtransport am 11. März begonnen worden. In Gotha ist ein großer Teil der Waffen von der Bevölkerung abgegeben worden. Die Umkleidung der Besatzungstruppen macht gute Fortschritte. Der Streit ist beendet.

Unveränderte Lage in Berlin.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wir wir von der Gardelanzkammer-Schühendivision erfahren, hat sich die allgemeine militärische Lage in Berlin im Laufe des heutigen Tages im wesentlichen nicht verändert. Die Regie- rungsgruppen sind nur um wenig weiter vorgezogen. Die Durchsicherung der besetzten Stadtviertel nach Westen nimmt ihren Fortgang.

Hochbetrieb im Moabiter Kriminalgericht

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Gardelanzkammer-Schühendivision erklärt, daß die Nachrich- ten von Verhandlungen der Regierungstruppen mit den Spartakisten in Lichtenberg unzutreffend sind. Die Führer der Regierungstruppen denken gar nicht daran, sich in irgendwelche Unterhandlungen einzulassen. Das ungenü- gliche Verhalten der Spartakisten läßt den Regierungstruppen keine andere Wahl, als den Bestimmungen über das Stand- recht gemäß zu verfahren.
Im Moabiter Kriminalgericht, das einem großen See- lager gleich, herrscht Hochbetrieb. Dort sind bereits seit mehreren Tagen die außerordentlichen Kriegsgerichte, die auf Grund des Belagerungsstatus eingesetzt worden sind, in voller Tätigkeit, jedoch handelt es sich bei den gegen- wärtigen Verhandlungen nicht um die letzten folgenreicheren Kämpfe und Ereignisse, sondern nur um bereits früher be- gangene gemeine Verbrechen und Vergehen, die bekanntlich nach der Verhängung des Belagerungsstatus vor das Kriegsgericht gehören.

Ein guter Fang.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag wurde von den Truppen der Gardelanzkammer- Schühendivision am Franzfurter Tor ein bewaffneter Spar- takist gefangenommen, in dessen Besitz für 800 000 M. geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde konfessionell er- schossen.

Merkwürdiger Kompromißgedanke eines Oberbürgermeisters.

WTB. Berlin, 11. März. Der Oberbürger- meister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichswehr- minister das Ergehen, die Aktion der Regierungstruppen gegen Lichtenberg einzustellen. Zu den angebotenen Bedin- gungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartakisten eintreten sollten. Ferner wurde ein Austausch der Gefangenen und völlige Straffrei- heit für alle während der Kämpfe in die Hände der Re- gierungstruppen Gefangenen und auch sonst an den Kämpfen beteiligten gemessenen Spartakisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Bürgermeister und der Bürger- schaft von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt zuge- sichert. Eine Einstellung der vor ihrer Beendigung stehenden Operation kann jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen. Vielmehr muß endgültig auf dieser Stütz- punkt der Spartakisten gereinigt werden, damit dauernd die Bevölkerung der Stadt Lichtenberg ihrer friedlichen Be- schäftigung nachgehen kann.

Spartakistenflucht aus Lichtenberg.

WTB. Berlin, 11. März. Die Wochenschrift melden: Die Spartakisten räumen seit heute morgen die Lichtenberger Stellungen. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feinden befinden und die geringste Anstöß haben, den Kampf mit Erfolg weiterzuführen. Sie haben an den dor- tigen Baracken die Wolljungenbewehrung und Handgranaten liegen lassen. Zutun aus die Gewehre. Sie verziehen sich, in westlicher Richtung zu entkommen. Infolgedessen ist an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder einzelne feindlich untersucht wird. Die Truppen heute vormittag in breiter Front zwischen der Raub- burger und Franzfurter Tor vor und werden im Laufe des



